

# Presse- Mitteilung

29. Mai 2019  
PM 31/2019

Industriegewerkschaft  
Bauen-Agrar-Umwelt  
Bundesvorstand

Pressestelle

Olof-Palme-Str. 19  
60439 Frankfurt a. Main

Tel.: 069 - 95 73 71 91  
Fax: 069 - 95 73 71 39  
E-Mail: presse@igbau.de  
www.igbau.de

## IG BAU zur Destatis-Zahl der Baufertigstellungen: „Wohnungsbaupolitisches Armutszeugnis“ Neubau-Zahlen sind Warnschuss an die Bundesregierung – Wohnungsbau braucht dringend einen Masterplan

***Die Zahl der im vergangenen Jahr neu gebauten Wohnungen bleibt mit nur 285.900 erneut deutlich hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück – und liegt kaum über dem Vorjahresergebnis. Zu der heute vom Statistischen Bundesamt (Destatis) veröffentlichten Zahl der Baufertigstellungen in 2018 erklärt der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, IG BAU-Chef Robert Feiger:***

Die Wohnungsbau-Bilanz fürs letzte Jahr lässt sich auf den Punkt bringen: Klassenziel wieder nicht erreicht – ein wohnungsbaupolitisches Armutszeugnis. Die Zahl von nur 285.900 Neubauwohnungen ist mehr als ein Warnschuss an die Bundesregierung. Sie muss wachrütteln und eine „Initialzündung für einen Wohnungsbau-Masterplan“ sein, in dessen Fokus der soziale und der bezahlbare Wohnungsbau stehen müssen.

Die Neubau-Bilanz für das letzte Jahr macht deutlich: Das, was auf dem Wohngipfel im Kanzleramt im Herbst letzten Jahres vereinbart wurde, reicht hinten und vorne nicht. In einem ersten Schritt ist es jetzt dringend erforderlich, die AfA im Mietwohnungsbau dauerhaft von derzeit 2 auf 3 Prozent zu erhöhen. Darüber hinaus braucht der soziale Wohnungsbau eine Förderung von mindestens 6 Milliarden Euro pro Jahr durch Bund und Länder – und das kontinuierlich für die nächsten Jahre.

Denn die Messlatte liegt ab jetzt bei 400.000 Wohnungen pro Jahr, die bis 2021 neu gebaut werden müssen. Jedenfalls dann, wenn Bundesbauminister Horst Seehofer das GroKo-Ziel von 1,5 Millionen Neubauwohnungen in dieser Legislaturperiode noch erreichen will.

An einem entscheidenden Engpass kommt er dabei allerdings nicht vorbei: an den Beschäftigten – an den Fachkräften auf dem Bau. Die Bauwirtschaft hat ihre Kapazitäten schon wieder deutlich aufgebaut. Ihr steckt allerdings der Schock, den sie Ende der 90er-Jahre erlitten hat, als sie zum radikalen Abbau ihrer Beschäftigten gezwungen war, noch in den Knochen.

Wenn die Prozesskette Bau – von der Baustoffherstellung bis zur Verarbeitung auf dem Bau – ihre Kapazitäten jetzt weiter ausbauen soll, dann braucht sie dafür eine klare Perspektive – eine Verlässlichkeit über 2021 hinaus. Der Bau braucht die Gewissheit, dass zusätzliche Fachkräfte, Produktionsstraßen und Baumaschinen auch in fünf und zehn Jahren noch gebraucht werden. Erst dann wird es gelingen, weitere Investitionen für die Bauwirtschaft zu bekommen – und damit auch sichere Arbeitsplätze auf dem Bau.

Genau diese Signale fehlen allerdings in der aktuellen Wohnungsbaupolitik: Eine – versprochene, aber noch nicht einmal eingeführte – Sonderabschreibung für den Mietwohnungsbau, die auch nur in dieser Legislaturperiode gelten soll, bietet die notwendige Perspektive nicht. Auch nicht das zeitlich begrenzte Baukindergeld. Damit ist der notwendige Effekt – nämlich der nachhaltige Aufbau von Kapazitäten – nicht zu schaffen.

Es ist fatal, die Wohnungsbaupolitik von Wahl zu Wahl planen. Der Wohnungsbau braucht verlässliche und wirksame Rahmenbedingungen. Immerhin ist der Wohnungsbau ein wichtiger Motor der Binnenkonjunktur. Und den kann man nicht nach Belieben an- und ausschalten.